

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25 241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Scheidungsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abdruck von H. Weitzel Nr. 1: 11. 11. 1936 (22. Jan. 1937). Nachdruck nach Artikel 17. Familienname u. Stellungnahme des Verfassers ist nicht erforderlich. — Nachdruck nur mit Genehmigung des Verfassers. — Nachdruck von H. Weitzel Nr. 1: 11. 11. 1936 (22. Jan. 1937).

Der japanische Reichstag aufgelöst

Die Folge der Angriffe gegen den Kriegsminister

Tokio, 22. Januar.

Die Agentur Domei und Extrablätter der hiesigen Zeitungen melden als Beschluß der entscheidenden Kabinettsitzung die Auflösung des japanischen Reichstages. Die politischen Kreise beurteilen die Reichstagsauflösung allgemein als Sieg des Standpunktes der Wehrmacht, sind aber der Auffassung, daß diese Auflösung den verschiedensten Entwicklungsmöglichkeiten Raum gibt.

Das japanische Kabinett trat am Freitag früh zu einer wichtigen Sitzung zusammen, um eine Lösung der Krise zu finden, die aus dem Zusammenstoß zwischen den Parteien und dem Premierminister während der Reichstagsauflösung am Donnerstag entstanden ist. Der Sprecher bestätigte halbamtlich die Nachricht, daß die Wehrmacht in ultimativer Form die Auflösung des Reichstages verlange, da ihr die weitere Zusammenarbeit mit den im Reichstag vertretenen Parteien unmöglich erscheine. Falls die Auflösung des Reichstages infolge des Widerstandes der vier im Kabinett vertretenen Parteiminister nicht durchzuführen sein sollte, verlange die Wehrmacht den Rücktritt dieser vier Minister und ihre Ersetzung durch Männer, die parteipolitisch nicht gebunden seien, um mit Hilfe eines solchen umgeformten Kabinetts die Reichstagsauflösung durchzuführen.

Widerstand eine weitere Schwächung erfahren würde, wenn auch die Türkei Genf den Rücken lehnen sollte.

Wie aus Ankara verlautet, soll demnächst eine Zusammenkunft zwischen dem türkischen Außenminister Fethi Kaya und dem italienischen Außenminister Graf Ciano stattfinden. Aus türkischen Regierungskreisen wird mitgeteilt, daß die italienische Regierung Ankara in Kenntnis gesetzt habe, daß Italien das Meerengeabkommen von Montreux studieren werde, um festzustellen, ob es Italien indolisch sei, sich ihm anzuschließen.

Japan wird britischer Luftflottenstützpunkt

London, 22. Januar.

Die Insel Japern wird, wie „Morning Post“ berichtet, in kurzer Zeit ein strategischer Stützpunkt der britischen Luftstreitkräfte im Stillen Ozean werden. In der Nähe des Hauptortes der Insel, Misaki, würden unterirdische Flugzeughallen für mindestens fünfzig Flugzeuge angelegt. Die Gesamtkosten dieser Anlage belaufen sich auf rund 250 000 Pfund. Die Garnison werde von einer Kompanie auf ein Bataillon erhöht werden. Die Besatzungstruppen würden dann mit Einschluß des Stabes der Luftstreitkräfte etwa 2000 Mann stark sein. Die Bedeutung Japerns sei in strategischer Hinsicht durch die Vollendung der Vervollständigung von den Delfeldern des Straßes von Saifu außerordentlich gewachsen.

Genf befürchtet Austritt der Türkei

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Paris, 22. Januar.

Am Quai d'Orsay herrscht eine gewisse Nervosität im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten in der Alexandrette-Affäre, zumal in Genf Gerüchte verbreitet sind, daß die Türkei ihren Austritt aus dem Völkerbund erklären würde, wenn ihre Ansprüche in der Frage des Sandschaks von Alexandrette seitens der französischen Regierung nicht anerkannt werden, was bekanntlich bisher nicht geschah. Man hielt in diesem Zusammenhang fest, daß die Autorität des

Adolf Hitler - Verteidiger des Friedens

Fernand de Brinon warnt vor einer falschen Beurteilung Deutschlands und seines Führers

Paris, 22. Januar.

Unter der Überschrift „Deutschland und Adolf Hitler“ veröffentlicht die Wochenzeitschrift „Marianne“ einen Artikel aus der Feder Fernand de Brinons, in dem dieser versucht, auf die in Frankreich fast täglich aufgeworfene Frage zu antworten: „Was will Deutschland?“ Das Dritte Reich, so schreibt er, wolle das, was die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wollte, und insbesondere, was der Führer wollte. Wenn Adolf Hitler der unbestreitbare Führer Deutschlands sei, so müsse es auch indolisch sein, festzustellen, wohin er Deutschland führe. Als Führer werde er weiter für die Beurteilung und für die Voraussetzungen dienen das Buch „Mein Kampf“. Bevor man über dieses Buch spreche, müsse man es gelesen haben, was sicherlich bei vielen französischen Politikern nicht der Fall sei, die bei jeder Gelegenheit gewisse Abschnitte daraus zitieren.

Überall, wo sich der Klassenkampf breitmache, wo Männer litten, sich zerfleischten und gegenseitig lösteten, halte der Führer ihnen die Grundzüge des Nationalsozialismus vor. Durch die Fehler des Versailler Vertrags, durch die Hartnäckigkeit der französischen Außenpolitik habe man es ihm erleichtert, sein Land wieder aufzurichten. Werde man ihm jetzt auch noch die Vermögensgabe, als der Verteidiger des Friedens zu erscheinen? Denn es bestehe kein Zweifel darüber, daß Adolf Hitler noch lange als Verteidiger des Friedens sprechen könne. Wenn Frankreich sich darauf versteife, das deutsche Volk vom Nationalsozialismus trennen zu wollen, so werde es sich neue Entwürfe überlegen. Frankreich würde dann dieselben Verhältnisse wiederholen, die es fünf Jahre lang gegenüber Italien beengten habe.

Die Schweiz gegen Mißbrauch des Gastrechts

Eigener Bericht der Dresdner Nachrichten

Bern, 22. Januar.

In der letzten Zeit beschäftigt sich die schweizerische Presse mehrfach mit den Vertretern ausländischer Blätter im Bundesgebiet, die nach ihrer Auffassung das Schweizer Gastrecht in der größten Weise mißbraucht haben. Nach der „Affäre“ des italienischen Emigranten A. Prato, der von der Valencin-Regierung Subventionen bezog, machen die Schweizer Blätter jetzt auf einen Reffen des tschechischen Staatspräsidenten Dr. Beneš aufmerksam, der an der Spitze des tschechischen Pressebüros in Genf stand. Ein Schweizer Blatt schreibt über diesen Herrn, der, wie sein Onkel, den Namen Beneš trägt, u. a. folgendes: „Von Haus aus wenig begabt, ist dieser tschechische Journalist deswegen gefährlich, weil er gleichsam als ein besserer „Agent“ sovielt russische Politik in Genf betriebe hat. Er verfügt über große Geldmittel und arbeitet mit Elementen zusammen, die als Spione fremder Regierungen bekannt sind.“ Zwei schwere Angriffe von Seiten der „Nation Nationale“ haben Herrn Beneš in veranlaßt, sich ein anderes Tätigkeitsgebiet zu suchen. Er wurde nach London verlegt, wo ein anderer seiner Verwandten als tschechischer Gesandter wirkt.

Stalin will Trozkis Auslieferung fordern

Trozkis Bankkonto von den norwegischen Steuerbehörden beschlagnahmt

Eigener Bericht der Dresdner Nachrichten

London, 22. Januar.

Vier eingetrockneten Nachrichten zufolge will Stalin von der mexikanischen Regierung die Auslieferung Leo Trozkis fordern, damit ein Sowjetgericht in Moskau auch ihn zum Tode verurteilen und erschließen lassen kann.

Überhaupt soll Stalins Vorgehen gegen wirkliche oder vermeintliche Trozkisten eine Verschärfung erfahren haben. So heißt es, er habe der GPU Anweisung gegeben, alle Staatsbeamte, die als Mitglieder geheimer Trozkistischer Organisationen festgestellt werden, ohne weiteres zu erschließen. Schließlich verlautet, daß die noch in Spanien lebenden ausländischen Trozkisten auf Verlangen Moskaus des Landes verwiesen werden sollen.

Die norwegischen Steuerbehörden beschlagnahmten das bei einer norwegischen Bank bisher noch aufrechterhaltene Konto Leo Trozkis, weil er vor seiner Abreise nach Mexiko es unterließ, seine Steuerschulden in Norwegen zu bezahlen. Allerdings hatte er den Hauptteil seines Kontos längst nach Mexiko überwiesen, so daß nur noch 5000 norwegische Kronen beschlagnahmt werden konnten.

Stalin: 1937 Reformjahr der Sowjets

Eigener Bericht der „Dresdner Nachrichten“

Budapest, 22. Januar.

Ein ungarisches Blatt veröffentlicht eine Rede Stalins, die er vor kurzem gehalten haben soll, ohne daß sie selbst in der Sowjetunion bekannt geworden sei. Stalin habe erklärt, das Jahr 1937 würde das Jahr der größten Aufrüstung der Sowjets sein. Sowjetrußland müsse hart sein, um seine Feinde bekämpfen und seine Freunde in Schwachhalten zu können. Die Offiziere, die nicht der kommunistischen Partei angehörten, müßten aus dem Heer entfernt und durch andere ersetzt werden. Stalin habe auch die Arbeiter der Eisenbahnen, die bekanntlich von seinem Schwager, dem Juden Roganowitsch, geleitet werden, einer Kritik unterzogen und ausgedrückt, daß die Sowjet-Eisenbahnen in Zukunft einer militärischen Persönlichkeit mit großen Vollmachten unterstellt würden. An den Eisenbahnnotenpunkten würden starke Garnisonen errichtet werden.

So wurde selbst der letzte Jar nicht bewacht

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Paris, 22. Januar.

Nachdem erst kürzlich der französische Schriftsteller André Gide zum großen Klerger Moskau über seine Ergebnisse im Sowjetparadies wahrheitsgemäß berichtet hatte, veröffentlicht jetzt das Blatt der Akademie, Dorgeles in der französischen Presse weitere ausführliche Mitteilungen. Darin heißt es, Stalin werde weit mehr bewacht als der letzte Jar Nikolajew II. Außerhalb des Kremis werde er stets von

mehreren hundert Bewaffneten der GPU auf Motorrädern begleitet. Die Lage der Sowjetarbeiter erinnere an Leibknecht und Sklaverei. Ausländische Zeitungen könne man in Moskau nirgends erhalten. Die Volksmassen müßten hungern.

Im sozialistischen „Populaire“ ergänzt der Generalsekretär des französischen Bergarbeiterverbandes, Eger, diese Mitteilungen, indem er feststellt, daß die Lage der Sowjetarbeiter europäischer Arbeiter anrühren würde. Alles dies habe er selbst gesehen, und auch der Verlust der französischen Kommunisten, seine Schilderung als falsch hinstellen, könne die Wahrheit über Sowjetrußland nicht vertuschen.

Moskau militarisiert die Zivilisten

11,5 Millionen Mitglieder des Osoaviachim - „150 000 Sowjetflieger“

Moskau, 22. Januar.

Nach Anlaß des zweiwöchigen Bestehens des sowjetrussischen Massenverbandes „Osoaviachim“ werden einige amtliche Ziffern mitgeteilt, die über die gewaltige Zwangsmilitarisierung der Zivilbevölkerung in der Sowjetunion interessante Aufschlüsse geben. Der Osoaviachim zählt zur Zeit 11,5 Millionen Mitglieder der Luftfahrt- und Gaskampfbereitschaften. Die Gesamtzahl der Jugendlichen und Zivilpersonen, die sich in diesem Wehrverband der militärischen Ausbildung unterziehen müßten, erreicht also 11,5 Millionen.

Im einzelnen wird besonders die Tätigkeit des Osoaviachim in der Ausbildung von Fliegern hervorgehoben. Zur Zeit bestehen in der Sowjetunion 170 sogenannte „Aeroklubs“, in denen viele Tausende von Piloten militärisch gelehrt werden. Daneben gibt es 7000 Jäger für Sowjetflieger und 200 Segelfliegerstationen. Besondere Ausbreitung hat in Sowjetrußland bekanntlich das Fallschirmpringen erreicht. Die Fallschirmpringer des Osoaviachim, deren genaue Zahl nicht genannt wird, haben 1936 nicht weniger als 80 000 Abflüge ausgeführt. Der Osoaviachim werde, so heißt es weiter, an dem Grundtag festhalten, „Sowjetrußland 150 000 Flieger zu geben“.

Better wird die Zahl der ausgebildeten Charaktere des Osoaviachim mit 1,8 Millionen angegeben. Davon sind viele auch in der Beherrschung des Maschinengewehrs unterrichtet worden. Allein in Moskau zählt man 4000 durch den Verband ausgebildete Maschinengewehrschützen. Schließlich sei noch erwähnt, daß entsprechend den ungenannten Plänen Sowjetrußlands, vor allem in der Ostsee, der Osoaviachim auch die Marineausbildung seiner Mitglieder

mit oft drastischen Zwangsmaßnahmen betreibt. Es sind bereits 18 Marineklubs errichtet worden, denen eine „beträchtliche Flotte“ von Übungsfahrzeugen zur Verfügung steht.

Trozkische Verhältnisse

Warschau, 22. Januar.

In dem Sowjetblatt „Swiatlo Roschowa“ wird von hochrangiger Sowjetseite ein bezeichnender Vorschlag erörtert, der einen weiteren Beleg für die längst bekannte Tatsache darstellt, daß Kommunismus und Bolschewismus Bruchstücke der Unmoral und Unethik sind. In dem genannten Blatt wird zunächst die Befürchtung ausgesprochen, daß heute niemand in der Sowjetunion sicher sei, ob er sich nicht auch eines Tages auf der Anklagebank befinden werde. Zur Vermeidung dieser Gefahr wird in dem Blatt ein Wettstreit unter dem Stichwort: „Wer ist der Beste? Ich?“ empfohlen. Das Sowjetblatt „Pravda Polnochni“ hält es noch diesem Vorschlag für angebracht, darauf hinzuweisen, daß eine Unternehmung in den sozialistischen Rausch allein in Archangelsk zur Feststellung von 46 Fällen von Preiswucher, 18 Diebstählen, 188 Verletzungen der Handelsbestimmungen und 108 Fällen der Verletzung der sanitären und hygienischen Vorschriften geführt habe. Außerdem seien große Mengen völlig verdorbener Ware festgehalten worden, die man trotz allem an die Kunden abzugeben sich bemüht habe.

Unerschöpflich ist das Material, das die Sowjetpresse liefert für die Beurteilung der in der Sowjetunion herrschenden trozkischen Verhältnisse liefert. „Pravda Komomolu“ glaubt für den Tiefstand der Moral das Anaphabetentum verantwortlich machen zu können. Von 1900 jungen Bewohnern in dem Stadtteil Kuzbassow in Penzinsgrad konnten laufend weder lesen noch schreiben oder auch nur einigermaßen buchstabieren.

mit
ey
ter

187

des Volkes
ches Theater
bertrips
p-Ring 5
Lysistrata
ette von P. Leckert
er H. Leyen
Wolke
Papilla
Jung
Schutz-Gesicht
Günth
Ermel
Opis
Frahm
Schöner
Schöpfer
Fee v. Reichle
Rade
merin
er v. Heindrichs
aus
ler
gegen 11 Uhr
mittags 1/4 Uhr
Märchenbuch
9 Uhr Der Elstörper
hase

dienshaus
Gastspiel
e 8 Entfesselten
dolitische Zeitungs
KO. 2701-2800
um 3 Uhr Reklame
der Woll, abends
Die 8 Entfesselten
ral-Theater
Maribel
er v. H. Hecht
und Theo Hiltner
alk Fred Raymond
Schmidt-Boeckh
Kunz-Krause
Schöner
Robert
Frank
Brecht
Schaal
Oevergaard
Klayow
Hansen
Gelsenbörler
Häse
de gegen 11 Uhr
um 4 Uhr Pötzepietz
de 8 Uhr Malina